



Kein Aufbruch zu neuen Ufern – Vorwärts im Rückwärtsgang in der Engagementpolitik bei Schwarz-Gelb

Der Startschuss für eine eigenständige Engagementpolitik im parlamentarischen Raum fiel 1999, in der 14. Legislaturperiode, mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements.“ Für die SPD war es ein Anliegen, Perspektiven für eine lebendige, solidarische Bürgergesellschaft zu entwickeln und dafür auch die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein parlamentarischer Unterausschuss setzte die Arbeit in der 15. und 16. Legislaturperiode fort; in den jeweiligen Koalitionsverträgen unter Rot-Grün (15. WP) und Schwarz-Rot wurden eigenständige Kapitel zu bürgerschaftlichem Engagement und zentrale Projekte für die Verbesserungen der Rahmenbedingungen – sei es im Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht, Stiftungsrecht, dem Ausbau der Freiwilligendienste für Junge wie generationsübergreifend – verabredet.

Eine Weiterentwicklung der Engagementpolitik im Diskurs mit Parlament und Bürgergesellschaft wurde zuletzt in der großen Koalition im Kabinett im Juli 2009 beschlossen: „Eine nationale Engagementpolitik wird als ein kooperativer Prozess angesehen, der eine enge Kooperation von und Kommunikation zwischen allen Akteuren erfordert. Erforderlich ist eine möglichst effiziente Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag, mit den Ländern und Kommunen, mit Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Forschung.“ Als Raum des Diskurses wurde das Nationale Forum für Engagement und Partizipation einberufen, das in „die Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung (...) mit der Expertise engagementpolitisch kompetenter Akteure“ miteinbezogen werden sollte.

Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb kann sich diesem Erbe nicht verschließen und hat dem Politikfeld ein eigenes Kapitel gewidmet. Aber schon der Titel „Ehrenamt“ lässt einen stutzen: Kompensatorisch statt emanzipatorisch präsentiert sich die Stoßrichtung der zukünftigen Engagementpolitik von Schwarz-Gelb. Äußerst konservativ ist das Kapitel zum bürgerschaftlichen Engagement im schwarz-gelben Koalitionsvertrag angelegt. Die Überschrift „Ehrenamt“ signalisiert einen Rückfall in alte Zeiten, als die CDU/CSU in der Enquetekommission sich dem Begriff bürgerschaftliches Engagement verweigerte. Die Mehrheit in der Enquete verständigte sich auf den Begriff bürgerschaftliches Engagement, um der Vielfalt einen Namen zu geben. Die Mitwirkung in Selbsthilfegruppen, Beteiligung an verschiedenen Formen politischer Partizipation gehören danach ebenso zum bürgerschaftlichen Engagement wie das klassische Ehrenamt und das Stiften und Spenden von Geld und Zeit. Auch das Engagement im Rahmen eines Jugendfreiwilligendienstes oder einem Projekt der Generationsübergreifenden Freiwilligendienste zählt



zum bürgerschaftlichen Engagement. Die Frage stellt sich, ob mit dem Rückgriff in der Wortwahl ein Rückschritt im Konzept verbunden ist.

Engagementpolitik mit der Bürgergesellschaft auf gleicher Augenhöhe entwickeln – Fehlanzeige bei Schwarz-Gelb

Engagementpolitik geht nur gemeinsam im Dialog mit der Bürgergesellschaft und der parlamentarischen Vertretung, das ist Position der SPD. In der 16. Legislaturperiode wurde mit der Gründung eines Nationalen Forums für Engagement und Partizipation, begleitet durch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), dafür ein organisatorischer Rahmen geschaffen.

Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb wird das Nationale Forum für Engagement und Partizipation zwar aufgeführt, das ist erfreulich. Von einer Mitgestaltung und Beteiligung an der Politikformulierung ist aber nicht mehr die Rede. Stattdessen will Schwarz-Gelb „eine Nationale Engagementstrategie u. a. zusammen mit dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation umsetzen.“ Sollen nun Schrittmacher und Ideengeber zu Vollzugsbeamten der am Kabinetttisch entwickelten Engagementstrategie verdonnert werden?

Die SPD bleibt dabei: Engagementpolitik kann nur gemeinsam mit der Bürgergesellschaft, auf gleicher Augenhöhe und im Diskurs entwickelt werden. Und auch das Parlament darf nicht außen vor bleiben, denn letztendlich werden die Gesetze im Deutschen Bundestag und nicht am Kabinetttisch beschlossen. Wir brauchen auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft alle in der Gesellschaft, um einen neuen Gesellschaftsvertrag über organisierte und freiwillige Solidarität auszuhandeln.

Auf den Rahmen, auf die Infrastruktur kommt es an

Bürgerschaftliches Engagement ist eigensinnig – im wahrsten Sinne des Wortes – kann nicht verordnet werden, braucht einen rechtlichen Rahmen und Gelegenheitsstrukturen. Aus diesem Grund hat sich die SPD in den letzten Legislaturperioden nicht nur für die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern auch für den Aufbau und die Weiterentwicklung einer Infrastruktur für das Engagement eingesetzt.

Schwarz-Gelb bleibt eine konkrete Antwort schuldig und legt sich in Sachen Infrastruktur auf nichts fest. Es wird zwar ein „Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ angekündigt, was es beinhalten soll bleibt offen. Wir werden unsere Vorstellung



gen für ein Freiwilligenstatusgesetz und für nachhaltige Infrastrukturen einbringen. Mit dem Koalitionsprogramm kündigt Schwarz-Gelb ein bundeseinheitliches Förderinstrument an, das wohl nur für Förderprogramme, also Bundesmodellprogramme gelten soll und fällt damit hinter Positionen von Schwarz-Rot zurück. Die Finanzierung von nachhaltigen Infrastruktureinrichtungen wird damit - das lässt der Koalitionsvertrag zumindest vermuten - über das Prinzip der „kurzen Leine“ erfolgen.

Der Wert der Bürgergesellschaft als Kooperationspartner von Politik liegt nicht in einer kostenarmen Dienstleistungsstruktur und schon gar nicht darin, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger zum Ausfallbürgen für nachlassendes staatliches Handeln herhalten müssen. Nur wer die Bürgergesellschaft mit ihren eigenen Zielen und Werten ernst nimmt, mit ihr Arbeitsteilung aushandelt und für die Rahmenbedingungen sorgt, wird von freiwillig Engagierten akzeptiert werden.

Engführung der Freiwilligendienste führt in die Sackgasse

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Mit der Einrichtung eines Freiwilligendienstes für alle Generationen hat die SPD das Ziel verfolgt, einen Freiwilligendienst für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und damit neue Zugangswege zum Bürgerschaftlichen Engagement zu eröffnen. Die Erfahrungen in den Modellprojekten belegen den Erfolg. Der Koalitionsvertrag lässt diesen Bereich der Freiwilligendienste vollständig unter den Tisch fallen.

Zugleich haben sich die Koalitionsfraktionen unsere Forderung zu Eigen gemacht, mit einem Freiwilligendienstestatusgesetz die rechtlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Freiwilligendienste weiter zu vereinheitlichen und das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr weiter als Bildungsdienste auszubauen. Es fehlen aber Aussagen zum weiteren quantitativen Ausbau wie der finanziellen Ausstattung.

Die SPD will eine generelle Anhebung der Pauschalen im Regel-FSJ auf zumindest 100 Euro/Platz und Monat. Wir fordern darüber hinaus entschlossene Schritte, um die partielle Umsatzbesteuerung der Freiwilligendienste schnellstmöglich zu beseitigen.

Das Hauptproblem ist: Die isolierte Thematisierung der Jugendfreiwilligendienste führt in die Sackgasse. Mit dem Koalitionsvertrag hat Schwarz-Gelb die Dienstzeit für den Zivildienst auf sechs Monate verkürzt. Die neue Regierung hat nicht hinterfragt, ob diese kurze Dienstzeit für junge Männer noch sinnvoll ist und was mit den durch die Verkürzung frei werdenden Mitteln passieren soll.



Die SPD schlägt seit Langem vor, das Element der Freiwilligkeit zu stärken und in diesem Sinne die Wehrpflicht fortzuentwickeln. Die Freiwilligendienste, die sich großer Beliebtheit bei jungen Menschen erfreuen – auf einen Platz kommen durchschnittlich drei Bewerber - müssen quantitativ wie qualitativ gestärkt und ausgebaut werden. Die SPD tritt dafür ein, dass alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit eines Jugendfreiwilligendienstes erhalten und ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst gesetzlich verankert wird.

Der Mut zu mehr Demokratie und zur Querschnittspolitik fehlt

Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Darum wollen wir eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung nutzen. Der demokratische Staat ist die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat seinen Pflichten nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.

Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern. Im Sport und den sozialen Diensten, im Gesundheitsbereich und der Kultur, in der Schule und dem Bildungsbereich, der freiwilligen Feuerwehr und dem Katastrophenschutz, dem Umwelt- und Naturschutz, in den Kirchen, Parteien und Gewerkschaften und vielen anderen Bereichen – bürgerschaftliches Engagement ist ein gesellschaftliches Querschnittsthema und muss als Querschnittspolitik auf Bundesebene gestaltet werden.

In der letzten Legislaturperiode wurde mit der Schaffung eines Beauftragten für Engagement ein erster Schritt getan, Engagementpolitik über die Ressorts hinaus zu organisieren. Die SPD hat erwartet, dass in der neuen Legislaturperiode daran angeknüpft und zum großen Sprung angesetzt wird. Nach Vorstellungen der SPD wäre zumindest ein Beauftragter im Kanzleramt der richtige organisatorische Rahmen, mit einem ordentlichen parlamentarischen Ausschuss an der Seite.

Aber den Schwarz-Gelben Koalitionären fehlen der Mut und die Durchsetzungskraft dazu. Es wäre besser gewesen, Frau von der Leyen hätte ihr Herzblut und ihre Energie in



die Verhandlungen zur Engagementpolitik eingesetzt und nicht auf dem Feld der Gesundheitspolitik gelassen.

Schwarz-Gelb lässt im Koalitionsvertrag keine systematische Vorgehensweise erkennen. Bürgerschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft werden einmal hier und einmal da erwähnt, etwa bei der Bildung, der Kultur und der Hospizbewegung. Lücken klaffen in den Bereichen Gesundheit und Pflege, bei der Selbsthilfe und der Integrationspolitik.

Schwarz-Gelb will laut Koalitionsvertrag zwar die vermehrte Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Jugendfreiwilligendiensten erreichen und damit gezielt Engagementförderinstrumente für eine bessere gesellschaftliche Integration einsetzen. Von einer strukturellen Stärkung von Migrantenorganisationen und dafür notwendigen Tandemprojekten mit bereits anerkannten Trägern ist wiederum keine Rede. Wie schon bei den Beratungen zum Jugendfreiwilligendienstegesetz 2008 verweigert sich die Union einem solchen Zugang, der andererseits Voraussetzung ist, um die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gezielt ansprechen zu können.

Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem auf kommunaler Ebene. Alle Parteien beschwören die Wichtigkeit des bürgerschaftlichen Engagements für die Integration. Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln können sich erst dann als Bürger fühlen, wenn sie auch Bürgerrechte haben. Aktiv werde ich dann, wenn ich akzeptiert und willkommen bin. Dafür braucht es aber Bürgerrechte. Das schließt die Mehrstaatlichkeit wie das kommunale Wahlrecht ein.

Wie wurde im Wahlkampf von Schwarz-Gelb das hohe Lied von Freiheit und Bürgerrechten gesungen. Im Koalitionsvertrag fehlt jede Spur. Die demokratische Dimension von bürgerschaftlichem Engagement fehlt im Koalitionsvertrag. Keine Aussagen zum Ausbau von Bürgerrechten, wie z.B. Volksentscheid und Bürgerbegehren auf Bundesebene. Dafür soll das Petitionswesen ausgebaut werden, was richtig ist. Aber Bürgerinnen und Bürger wollen nicht zum Bittsteller degradiert werden, sondern mitgestalten und mitentscheiden – auch auf Bundesebene.

Forschung tut bürgerschaftlichem Engagement gut

Eine solide Politik für das Engagement setzt belastbare wissenschaftliche Forschungsergebnisse voraus. Die SPD setzt sich für den Ausbau der Engagementforschung ein. Die Verbesserung der Forschungslage ist von besonderer Bedeutung im Bereich der



Migrantenselbstorganisationen, über die bislang noch kaum gesicherte Erkenntnisse vorliegen.

In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir in der großen Koalition einen Antrag beschlossen, in dem wir die Bundesregierung mit der Erarbeitung eines regelmäßigen Engagementberichtes beauftragt haben. Ein Vorbericht zu einem offiziellen Regierungsbericht wurde noch vor Ablauf der Legislaturperiode erarbeitet.

Kaum sind wir nicht an der Seite von CDU/CSU wird dieses Thema fallen gelassen. Schwarz-Gelb verzichtet auf einen Ausbau der Engagementforschung. Auch von einem offiziellen Regierungsbericht ist im Koalitionsvertrag keine Rede. Wir stehen zu unserer Forderung zum Ausbau der wissenschaftlichen Forschung und einer systematischen Verbesserung der Erkenntnisse. Nur so kann Politik passgenaue Lösungen entwickeln. Unabhängige Forschung ist wichtig.

Für eine solidarische Bürgergesellschaft

Engagementpolitik muss weiter entwickelt werden. Schwarz-Gelb hat mit dem Koalitionsvertrag zur 17. Legislaturperiode zwar Stichworte geliefert, aber der Mut zum großen Sprung fehlt den Koalitionären. Familie, Freiwilligendienste und Feuerwehr sind wichtige Träger von Engagement, reichen aber nicht aus. Wichtige Themen fehlen:

- **Bildung und Engagement – Fehlanzeige im Koalitionsvertrag. Für die SPD gilt:** Bürgerschaftliches Engagement ist nicht selbstverständlich. Es wird gelernt oder verlernt, es braucht Vorbilder, Anregungen und Räume, in denen Verantwortungsübernahme für andere und eigene freiwillige Aktivitäten geprobt und eingeübt werden können. Elternhaus, pädagogische Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Universitäten, aber auch Unternehmen und Verwaltungen tragen dazu bei, ob Engagement gelernt wird. Insbesondere müssen Familien in ihrer Erziehungsaufgabe durch geeignete Infrastrukturen, insbesondere Schulen, Kindertagesstätten und Familienzentren, unterstützt werden.
- **Demographischer Wandel und Engagement – Fehlanzeige im Koalitionsvertrag. Für die SPD gilt:** Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl und braucht die Mitwirkung und Teilhabe aller. Ältere wollen ihren Platz in der Gesellschaft, erwarten Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden. Eine Gesellschaft des langen Lebens ist eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen jenseits der Erwerbsarbeit sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten suchen. Neben dem Ausbau der Jugendfreiwilligendienste halten wir den Ausbau der generationsübergreifenden Freiwilligendienstmodelle und



das Anknüpfen an Erfahrungen aus dem Modellprogramm Aktiv im Alter der letzten Legislaturperiode für unabdingbar.

- **Integration und Engagement – Fehlanzeige im Koalitionsvertrag. Für die SPD gilt:** Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel für das soziale Miteinander in der Gesellschaft und das Engagement von Migrantinnen und Migranten leistet einen zentralen Beitrag zur Integration in unsere Gesellschaft. Das gilt sowohl für das Engagement in eigenethnischen Organisationen als auch für das gemeinsame Engagement. Wir setzen daher auf die verstärkte Einbindung der Migrantinnen und Migranten in die Engagementstrukturen und die interkulturelle Öffnung von Engagementangeboten. Die SPD setzt auf eine strukturelle Stärkung von Migrantenorganisationen, die eine soziale und gesellschaftspolitische Teilhabe der Zuwanderer verfolgen.

Engagementpolitik kann nicht bedeuten, die Engagierten in die Pflicht zu nehmen um „Antworten auf Probleme der gesellschaftlichen Integration“ zu finden. Mit den Worten Willy Brandts gilt für die SPD: „Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir wollen die demokratische Gesellschaft, zu der alle mit ihren Gedanken zu einer erweiterten Mitverantwortung und Mitbestimmung beitragen sollen. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.“

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag spricht eine andere Sprache. Der Eindruck drängt sich auf, dass Bürgerschaftliches Engagement als Ausfallbürge und für eine Politik der Subsidiarität benutzt werden soll. Eine Ausfallbürgenpolitik sollte aber das Gegenteil von guter Engagementpolitik sein.

Wir stehen für mehr Engagement für die Bürgergesellschaft in der vor uns liegenden Legislaturperiode. Die nachfolgenden Punkte stehen in den nächsten Wochen zur Entscheidung an.

- Der **Unterausschuss** in der kommenden Legislaturperiode muss seine Arbeit fortsetzen. Auch die Aufwertung zu einem ordentlichen Ausschuss in näherer Zukunft muss geprüft werden. Nur so kann das Parlament in die Entwicklung der Engagementpolitik einbezogen werden.
- Wir wollen die Fortsetzung des **Nationalen Forums für Engagement und Partizipation** und die enge Einbindung in die Weiterentwicklung der Engagementpolitik. Klar ist aber, dass sich das Forum nicht als Vollzugsgehilfe einer unter Ausschluss der Bürgergesellschaft entwickelten Engagementpolitik eignet. Wir haben das Nationale Forum in der zurückliegenden Legislaturperiode als Raum der Beteiligung der Bür-



gesellschaft am Prozess der Politikentwicklung ins Leben gerufen, und als solcher muss er auch in den kommenden vier Jahren fungieren.

- Bürgerschaftliches Engagement ist nicht umsonst zu haben. Für einen nachhaltigen Ausbau der Infrastrukturen des bürgerschaftlichen Engagements, von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene, müssen **mehr Haushaltsmittel** bereitgestellt werden. Die Infrastrukturförderung wird eine der wichtigsten zukünftigen Aufgaben von Engagementpolitik sein.

Die schwarz-gelbe Koalition kann auf diesem Weg mit unserer Unterstützung rechnen. Vorausgesetzt, sie geht mutige Schritte noch vorne gemeinsam mit uns.

Ute Kumpf (MdB) ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: UTE.KUMPF@BUNDESTAG.DE